



Auszug aus dem Kurzprotokoll der 65. Sitzung

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

Berlin, den 11. März 2020, 09:30 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Sitzungssaal E.700

Vorsitz: Sylvia Kotting-Uhl, MdB

Tagesordnung

In öffentlicher Beratung:

Tagesordnungspunkt 11

Seite 3

Bericht der Bundesregierung

**zu den Folgen der Nuklearkatastrophe von
Fukushima insbesondere in Zusammenhang mit
den in Japan stattfindenden Olympischen und Pa-
ralympischen Sommerspielen 2020**

Selbstbefassung 19(16)SB-129



Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Damerow, Astrid Dött, Marie-Luise Färber, Hermann Grundmann, Oliver Hirte, Christian Kießling, Michael Kruse, Rüdiger Kuffer, Michael Möring, Karsten Schulze, Dr. Klaus-Peter Schweiger, Torsten Simon, Björn Wegner, Kai Weisgerber, Dr. Anja	Abercron, Dr. Michael von Benning, Sybille Haase, Christian Krauß, Alexander Ludwig, Daniela Mannes, Dr. Astrid Nüßlein, Dr. Georg Obner, Florian Pols, Eckhard Röring, Johannes Sauer, Stefan Sendker, Reinhold Thies, Hans-Jürgen
SPD	Mindrup, Klaus Nissen, Ulli Pilger, Detlev Scheer, Dr. Nina Schrodi, Michael Schwabe, Frank Thews, Michael Träger, Carsten	Bach, Bela Gremmels, Timon Held, Marcus Klare, Arno Mackensen, Isabel Miersch, Dr. Matthias Röspel, René
AfD	Bernhard, Marc Bleck, Andreas Hilse, Karsten Kraft, Dr. Rainer Wildberg, Dr. Heiko	Hemmelgarn, Udo Theodor Heßenkemper, Dr. Heiko Magnitz, Frank Protschka, Stephan Spaniel, Dr. Dirk
FDP	Aggelidis, Grigorios in der Beek, Olaf Köhler, Dr. Lukas Skudelny, Judith	Busen, Karlheinz Meyer, Christoph Neumann, Dr. Martin Sitta, Frank
DIE LINKE.	Lay, Caren Lenkert, Ralph Schreiber, Eva-Maria Zdebel, Hubertus	Beutin, Lorenz Gösta Perli, Victor Remmers, Ingrid Weinberg, Harald
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Badum, Lisa Hoffmann, Dr. Bettina Kotting-Uhl, Sylvia Lemke, Steffi	Ebner, Harald Krischer, Oliver Kühn (Tübingen), Christian Verlinden, Dr. Julia
fraktionslos	Bülow, Marco	



Tagesordnungspunkt 11

Bericht der Bundesregierung

zu den Folgen der Nuklearkatastrophe von Fukushima insbesondere in Zusammenhang mit den in Japan stattfindenden Olympischen und Paralympischen Sommerspielen 2020

Selbstbefassung 19(16)SB-129

Abg. **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) führt einleitend aus, Japan arbeite, anders als die Sowjetunion nach der Tschernobyl Katastrophe, von vorneherein an der Dekontamination des betroffenen Gebiets. Dieses erweise sich schwerer als gedacht. Problematisch sei, dass auf der Anlage die Kernschmelzstoffe und die Brennelemente in dem Abklingbecken noch nicht geborgen seien und dass 1,2 Millionen Kubikmeter mit Tritium verseuchtes Wasser auf seine Entsorgung warte. Des Weiteren sei fraglich, inwieweit ein Fackellauf durch belastete Gebiete stattfinden könne und eine Bahnstrecke durch die bisherige rote Zone führen solle. Laut Bericht des Bundesamts für Strahlenschutz sei es durchaus möglich, dass der Grenzwert in Deutschland von 1 Millisievert bei einer bestimmten Aufenthaltsdauer in diesen Gebieten erreicht werden könne. Dies könne durchaus problematisch werden, wenn Menschen kumuliert einer Strahlenbelastung ausgesetzt seien.

PStS **Rita Schwarzelühr-Sutter** (BMU) führt aus, dass erste Fortschritte bei der Sicherung der havarierten Reaktoren zu verzeichnen seien. Die Planung zur Bergung der Brennelemente und für den Rückbau schreite voran. Eine neue Kettenreaktion, die zu Emissionen von radioaktivem Material führen würde, sei nicht zu erwarten. Die Bewältigung dieser gigantischen Herausforderung werde noch lange dauern und wahrscheinlich noch die nächsten Generationen beschäftigen. Unklar sei bisher, wie genau eine mögliche Bergung des Coriums, der hoch radioaktiven, lavaartigen Mischung aus geschmolzenen Brennelementen, Steuerstäben und Reaktorbauteilen, die sich noch im Reaktor-druckbehälter, teils am Boden des Sicherheitsbehälters befänden, ablaufen könne. Verschiedene Methoden diesbezüglich würden untersucht – von einer vollständigen Flutung des Containments bis hin zum trockenen Containment. Jede Methode

habe ganz eigene Risiken. Die Rückbauarbeiten würden voraussichtlich 30 bis 40 Jahre dauern. Die Kühlung der zerstörten Kerne sei eine weitere Herausforderung. Täglich würden 210 Kubikmeter Wasser in drei Blöcke eingespeist und kontaminiert. Ebenso werde der Grundwasserniederschlag kontaminiert. Auf dem Anlagengelände lagerten mittlerweile ca. 1,3 Millionen Kubikmeter Wasser, in Tanks aufgeteilt. Der Betreiber gehe davon aus, dass im Sommer 2022 alle Tanks gefüllt seien. Damit wäre die maximal mögliche Lagerkapazität erschöpft. Die Entscheidung, wie das in den Tanks gelagerte, mit Tritium belastete Wasser entsorgt werden solle, bleibe weiterhin eine Herausforderung.

Die zuständige Behörde prüfe gemeinsam mit der Atomaufsichtsbehörde, weitere Orte aus der Evakuierung herauszunehmen und die Rückkehr der Bevölkerung zu ermöglichen.

Mit Blick auf die Olympischen Spiele 2020 in Japan bestehe weder für teilnehmende Sportler, noch für Zuschauer ein beträchtlich erhöhtes Gesundheitsrisiko durch ionisierende Strahlung infolge der Reaktorkatastrophe in Fukushima. Bei einem Aufenthalt in Fukushima City, wo einige Wettkämpfe stattfinden sollen, komme es zu einer Belastung von 0,1 Millisievert, die innerhalb der Schwankungsbreite der jährlich natürlichen Strahlenexposition in Deutschland bleibe. Eine generelle Warnung für Reisende nach Japan gebe es ebenfalls nicht. Der Verzehr der Nahrungsmittel trage kaum zu einer zusätzlichen Strahlenbelastung bei, denn die Nahrungsmittel seien nicht mehr kontaminiert und die Einhaltung des niedrigen Grenzwertes von 100 Becquerel Cäsium pro Kilogramm werde durch umfangreiche Messungen überwacht. Zum Vergleich führt sie aus, die natürliche Strahlenexposition in Deutschland ergebe eine jährliche Dosis 2,1 Millisievert. Hierbei gelte jedoch, je nach Wohnort, Ernährung und Lebensgewohnheiten, eine unbedenkliche Schwankungsbreite von 1 Millisievert bis zu 10 Millisievert.

Dr. Florian Gering (BfS) berichtet, die radiologische Situation in Fukushima habe sich seit dem Unfall vor neun Jahren signifikant verbessert. Das sei einerseits darauf zurückzuführen, dass natürliche Prozesse zu einer Abnahme der Radioaktivität führten – wie beispielsweise der Zerfall der Stoffe und auch das Abwandern der Stoffe in den Boden. Die Strahlenbelastung sei ungefähr auf ein



Fünftel der Anfangsstrahlenbelastung in der Präfektur Fukushima zurückgegangen. Dieser Effekt sei noch verstärkt worden durch Dekontaminationsmaßnahmen in bewohnten Gebieten. Der Preis dafür sei eine hohe Menge an Abfall – ungefähr 20 Millionen Tonnen. Dieser Abfall liege noch in der Präfektur Fukushima und stelle ein Langzeitproblem dar. Die Sperrzonen und Evakuierungsgebiete seien im Laufe der Jahre sukzessiv verkleinert worden. Die anfänglichen 1 000 Quadratkilometer Sperrgebiet seien inzwischen auf weniger als 400 Quadratkilometer reduziert worden. Es sei aber davon auszugehen, dass diese Gebiete auch langfristig Sperrgebiete blieben.

Bekannt seien nur Spielstätten in Fukushima City. Die Stadt sei nie Teil des Sperrgebiets gewesen und liege ungefähr 60 Kilometer von dem Reaktor entfernt. Im Großteil der Stadt liege die Strahlenbelastung zwischen 0,1 und 0,5 Mikrosievert pro Stunde trotz Schwankungen der zusätzlich durch den Unfall auftretenden Strahlenbelastung. Die Größenordnung für die Strahlung in Deutschland liege zwischen 0,1 und 0,2 Mikrosievert pro Stunde. Daran könne man erkennen, dass kein erheblicher Unterschied zwischen der Situation in Fukushima City und der natürlichen Strahlenbelastung in Deutschland bestehe. Jedoch sei in den freigegebenen Gebieten, insbesondere in Futaba, wo der Fackellauf geplant sei, die Umgebungsstrahlung zum Teil noch deutlich höher. Man müsse differenzieren, denn auch hier gebe es eine sehr große Schwankungsbreite. In den an der Küste gelegenen Gebieten des Distrikts seien die Werte ähnlich niedrig wie in Fukushima City und lägen bei ungefähr 0,1 Mikrosievert pro Stunde. In den weiter im Landesinneren gelegenen Gebieten, die immer noch Sperrgebiet seien und dies vermutlich auch lange noch blieben, sei die Dosisleistung bis zu 20 Mikrosievert pro Stunde. Daran könne man kleinräumig sehr deutliche Unterschiede erkennen, die bei einer Bewertung immer berücksichtigt werden müssten. Ein Aufenthalt in den jetzt freigegebenen Gebieten führe nicht zu einem beachtlichen Gesundheitsrisiko. In anderen Gebieten hänge es stark von der Dauer des Aufenthalts ab.

Abg. **Karsten Möring** (CDU/CSU) führt aus, dass durch den Reaktorunfall langfristige Folgen von erheblicher Bedeutung blieben, die nur schwer einzudämmen seien und die man als Risiko der

Atomtechnologie dazuzählen müsse. Der Atomausstieg in Deutschland sei deswegen nach wie vor richtig gewesen. Die Langfristfolgen der Entsorgung blieben bestehen. Er fragt, was mit den auf der Anlage gespeicherten Wassermengen langfristig passieren könne. Er erkundigt sich zudem, inwieweit Kritik an den veröffentlichten Daten der japanischen Regierung berechtigt sei bzw. wie belastbar die Datengrundlage sei.

Abg. **Dr. Rainer Kraft** (AfD) wendet ein, dass laut Aussage eines Wissenschaftlers der Fukushima Medical University für Besucher der Olympischen und Paralympischen Spiele die größte Strahlenbelastung auf den internationalen Hin- und Rückflügen entstehen werde. Er fragt, wie das BfS zu dieser Aussage stehe.

Abg. **Judith Skudelny** (FDP) weist darauf hin, dass die Situation in Japan in Bezug auf mögliche Strahlenbelastung teilweise sehr unterschiedlich dargestellt werde und erkundigt sich vor diesem Hintergrund, wie diese unterschiedliche Wertung der Situation vor Ort dargestellt werde. Des Weiteren habe Japan in der Vergangenheit auch im Vorfeld von Fukushima nicht immer eine optimale Rolle gespielt. Sie fragt deshalb, ob die Erkenntnisse des Berichts der Bundesregierung auf eigenen Erkenntnissen bzw. Daten beruhten oder ob lediglich die Berichte Japans gespiegelt würden. Ebenso müsse man überlegen, ob eine möglicherweise erhöhte Strahlenbelastung bei Dopingtests eine Rolle spiele und ob das Auswirkungen haben könne.

Abg. **Dr. Nina Scheer** (SPD) befürchtet, dass durch die Wahl des Ortes Fukushima ein kollektives Vergessen der Gefahren der Atomenergie organisiert werden solle. Es solle das Bild erzeugt werden, alles sei normal und das Leben gehe weiter. Dieses Bild könne verharmlosend auf die Atomenergie genutzt werden. Sie fragt, ob es zutreffend sei, dass der Fackellauf durch ein verstrahltes Gebiet stattfinden solle und dass Japan die Grenzwerte von 1 auf 20 Millisievert im Jahr hochsetzen wolle. Eine solche Heraufsetzung verstoße gegen internationales Recht. Ebenso erkundigt sie sich, ob eine Verstrahlung von Lebensmitteln aus Japan bestehe und ob dies durch die gegenwärtig angewandten Prüfmethode wirklich ausgeschlossen sei.



Abg. **Hubertus Zdebel** (DIE LINKE.) erinnert daran, die Geschehnisse in Tschernobyl und Fukushima ebenso wie Hiroshima und Nagasaki seien eine anhaltende Mahnung und Verpflichtung, das Atomzeitalter zu beenden. Es sei konsequent und richtig gewesen, dass der Bundestag fraktionsübergreifend die Entscheidung zum Atomausstieg getroffen habe.

Die Olympiade in Japan sei ein Prestigeprojekt der japanischen Regierung. Es ginge darum, eine Art Normalität zu demonstrieren. Es werde sogar dafür geworben, dass die Menschen in die einstigen Evakuierungszonen zurückkehren sollten. Dies sei verharmlosend. Es bestehe ein Unterschied, ob Sportlerinnen und Sportler für wenige Tage in diesen Gebieten Olympische Spiele abhielten oder ob Menschen in dieser Region lebten. Diese seien einer permanenten Gefahr und Strahlung ausgesetzt.

Greenpeace habe neue Hotspots gemessen. Des Weiteren habe *Greenpeace* vor einigen Monaten an dem sogenannten „*J-Village*“ in Iwaki Strahlenwerte von 71 Mikrosievert pro Stunde gemessen, dies sei 1750-mal mehr als vor dem Super Gau in dieser Region üblich. Diese Berichte stünden im Widerspruch zum Bericht des BfS, wonach der Aufenthalt kein Risiko darstelle.

Abg. **Lisa Badum** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) führt aus, es sei auch neun Jahre nach der Katastrophe wichtig, über das Thema zu sprechen, zumal diese den Ausstieg aus der Laufzeitverlängerung in Deutschland ausgelöst habe. Gleichwohl sei die Katastrophe nicht gelöst. Die Olympiade sei ein Symbol dafür, wie mit der Katastrophe umgegangen werde. Es gebe gute Gründe, an der Öffentlichkeitsarbeit der japanischen Regierung zu zweifeln. Diese sei sehr bestrebt, eine Rückkehr zur Normalität zu vermitteln. Daten von *Greenpeace* würden zeigen, dass das Fußballtrainingszentrum *J-Village* sehr stark belastet sei. Dieses solle auch als Übernachtungszentrum genutzt werden. Es sei ein Widerspruch, dass Futaba einerseits als sehr stark betroffen gelte, andererseits aber in diesem Gebiet die Evakuierungszone aufgehoben würde und für den Bahnverkehr der Olympischen Spiele geöffnet werden solle. Man müsse nach ihrer Ansicht ernsthaft überlegen, ob nicht sogar eine Reisewarnung des Auswärtigen Amts angebracht sei.

PSSt **Rita Schwarzelühr-Sutter** (BMU) bestätigt, gewandt an Abg. Karsten Möhring, die Lagerkapazitäten für die Wassermengen würden in absehbarer Zeit nicht mehr ausreichen. Im Bericht auf Seite 15 würden die verschiedenen technischen Lösungen für dieses Problem dargestellt und auf die damit verbundenen Schwierigkeiten eingegangen. Allerdings habe die japanische Regierung hierzu noch keine Entscheidung getroffen.

Für die Japaner sei es enorm wichtig, die Olympischen Spiele ausrichten zu können. Auf die hierzu geäußerte Kritik gibt sie zu bedenken, ein Fackellauf könne an dieser Stelle auch auf ein Problem aufmerksam machen, anstatt Vergessen zu demonstrieren.

Dr. Florian Gering (BfS) betont, die Einschätzung des BfS stütze sich auf verschiedene Datenquellen. Man verlasse sich keinesfalls auf lediglich eine Datenquelle. Es gebe bis heute keine Anhaltspunkte dafür, dass die japanische Regierung Daten verändere oder zurückhalte. Es herrsche große Transparenz. Trotzdem lege das BfS hohen Wert darauf, dass die Angaben der japanischen Regierung durch unabhängige Quellen weiter gestützt würden. Es gebe in Japan über 30 Millionen Messungen, erhoben von der Bevölkerung, die die behördlichen Daten stützten. Diese würden insbesondere die Durchschnittsstrahlenbelastung der Bevölkerung beschreiben und seien damit hoch relevant. Die Hotspots seien nicht per se aussagekräftig für die Strahlenbelastung der Bevölkerung. Es hänge immer davon ab, wie groß die Hotspots seien und wie lange man sich dort aufhalte. Zitiert würden in dem Bericht des BfS nur die relevanten Durchschnittswerte in den Gebieten, in denen sich Personen aufhielten. Das BfS habe sich durchaus mit den Messdaten von *Greenpeace* befasst. Dies betreffe insbesondere Daten rund um *J-Village*, die ungefähr 0,1 bis 0,5 Mikrosievert pro Stunde betragen würden. Die behördlichen Daten seien insbesondere Hubschraubermessungen, die einen Mittelwert über einem großen Gebiet bilden würden, und somit repräsentativ seien. Messungen der Bevölkerung würden vor allem in Wohnungen und auf Straßen aufgenommen werden. In Wäldern seien Hotspots keine Überraschung, da Stämme von großen Bäumen immer dafür Sorge trügen, dass der Regen sich in dem Blattwerk fange, den Stamm hinunterfließe und dann rund um den Stamm zu einer deutlichen Steigerung der



Radioaktivität führe. Fraglich sei hier, ob diese Hotspots für die Strahlenbelastung der Bevölkerung relevant seien. Dem BfS seien bisher nur sehr kleinräumige, nicht repräsentative Hotspots bekannt.

Über die Bewertung der Situation könne man kein Pauschalurteil fällen. Zum Beispiel weise die Gemeinde Futaba, eine der meistbetroffenen Gemeinden direkt neben dem Kernkraftwerk, heute eine Strahlenbelastung auf, die vergleichbar mit der Lage in Deutschland sei. Demgegenüber würden weit entfernte Gebiete teilweise eine sehr hohe Belastung aufweisen und langfristig Sperrgebiet bleiben. Somit hingen die Gefährlichkeit und das Gesundheitsrisiko von der jeweiligen Gegend ab. Das könne auch innerhalb einzelner Regionen durchaus deutlich divergieren.

In Japan gebe es ein umfassendes System der Überwachung von Lebensmitteln, besonders in Bezug auf den Import nach Deutschland. In Japan sei sehr früh in Verdachtsgebieten angeordnet worden, dass alle für den Export bestimmten Lebensmittel eine Messung nachweisen müssten, die belege, dass die japanischen Grenzwerte nicht überschritten würden. Auf europäischer Seite werde zusätzlich stichprobenartig überprüft, ob dies auch wirklich der Fall sei. Dabei habe es keine Diskrepanz gegeben. In importierten Lebensmitteln habe man so gut wie nie Radioaktivität nachweisen können. Solche Ausfuhrzertifikate seien noch immer notwendig. Allerdings würden die Gebiete, in denen Zertifikate notwendig seien, immer geringer werden. Es sei ein sehr abgestuftes System. Nach Europa seien so gut wie nie messbar konterminierte Lebensmittel gelangt. Dies liege aber auch daran, dass der Import von Lebensmitteln aus Japan für Europa nie eine große Rolle gespielt habe.

Er stellt in Bezug auf die Äußerung der Abg. Dr. Nina Scheer klar, dass es kein Hochsetzen von Grenzwerten in Japan gegeben habe. Problematisch sei aber, dass in Japan mit unterschiedlichen Grenzwerten agiert werde. Die Rückkehr der Bevölkerung sei dem Grunde nach in Gebiete möglich, in denen pro Jahr nicht mehr als 20 Millisievert erreicht würden. Dies sei aber kein Automatismus. Das Ziel der Regierung sei langfristig, die Strahlenbelastung in bewohnten Gebieten unter 1 Millisievert pro Jahr zu senken. Diese Werte seien internationaler Konsens und entsprächen auch

den Empfehlungen von internationalen Wissenschaftsgremien.

Abg. **Dr. Rainer Kraft** (AfD) führt aus, nach aktuell abrufbaren Online-Messungen weise Tokio eine Strahlenbelastung von derzeit 0,03 Mikrosievert auf. Dies entspreche einem Drittel der Strahlenbelastung, die man aktuell im Umweltausschuss des Deutschen Bundestages messen könne. Es sei daher eher angezeigt, einige Bereiche in Deutschland zu meiden, als die Olympischen Spiele in Tokio.

Abg. **Karsten Möring** (CDU/CSU) weist darauf hin, dass nach seiner Kenntnis sowohl abgebrannte als auch unbenutzte Brennelemente geborgen worden seien. Er fragt, inwieweit es Überlegungen dazu gebe, was mit den unbenutzten Brennelementen geschehen solle, ob diese erneut eingesetzt oder genauso wie die abgebrannten Brennelemente entsorgt werden müssten.

Abg. **Judith Skudelny** (FDP) problematisiert, Fukushima könne für viele Besucher ein Interessengebiet darstellen. Deshalb müsse sichergestellt werden, dass eventuelle Besucher keinem Risiko ausgesetzt würden. Es müsste über Kennzeichnungen und Kontrollen nachgedacht werden, so dass der sogenannte Sensationstourismus gesichert ablaufen könne.

Abg. **Dr. Nina Scheer** (SPD) erklärt, ihr sei nach wie vor nicht einsichtig, wie es sich mit den Grenzwerten in Japan genau verhalte. Aus ihrer Sicht gebe es eine gewisse Inkongruenz in der Handhabung der Grenzwerte. Sie fragt darüber hinaus, inwiefern Erkenntnisse darüber vorlägen, dass das angesammelte Kühlwasser tatsächlich in den Pazifik abgeleitet werden solle.

Abg. Hubertus Zdebel (DIE LINKE.) weist darauf hin, Greenpeace habe die kritischen Messungen an den sog. Hotspots an die japanische Regierung weitergeleitet. Diese hohen Werte seien einige Monate später durch neue Messungen bestätigt worden. Es stelle sich daher für ihn die Frage, was die japanische Regierung daraufhin veranlasst habe. Des Weiteren sei es wünschenswert zu erfahren, wie die Bundesregierung die Rückkehr der japanischen Bevölkerung in ehemalige Sperrzonen bewerte, insbesondere wenn es dazu kommen sollte, dass Menschen dazu gezwungen würden. Er fragt, ob diese Problematik in Gesprächen mit der japanischen Regierung thematisiert werde.



Abg. **Lisa Badum** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) führt aus, es solle mehr als 1,2 Millionen Kubikmeter mit Tritium belastetes Wasser mit Filtrierung und Verdünnung mit Seewasser ins Meer eingeleitet werden. Sie erkundigt sich, inwiefern dies Auswirkungen auf die Umwelt und die Nahrungskette im weiteren Sinne haben könne.

Bei der Bergung von Corium aus den Blöcken eins bis drei werde für die Rückbauarbeiten 30 bis 40 Jahre veranschlagt. Sie fragt in diesem Zusammenhang, ob es im Verlauf dieser 30 bis 40 Jahre erneut zu einer Freisetzung von Strahlung kommen könne, beispielsweise im Laufe von Bergungsarbeiten.

PSSt **Rita Schwarzelühr-Sutter** (BMU) äußert die Auffassung, dass jedermann eine gewisse Selbstverantwortung dafür trage, die Sperrzonen nicht zu betreten. Dort würden auch keine Wettkämpfe stattfinden. In *J-Village* befinde sich zwar eine Übernachtungsmöglichkeit. Ansonsten sei es nicht so einfach möglich, in Sperrzonen zu gelangen.

Welche Maßnahmen in Bezug auf die Rückkehr der Bevölkerung unternommen würden, sei die Aufgabe der japanischen Regierung. Ältere Menschen kehrten eher zurück, weil sie zurück in ihre alte Heimat wollten. Jüngere Menschen und junge Familien dagegen würden weniger den Drang verspüren, zurückzuziehen. In unserer Zeit könne man niemanden dazu zwingen, dorthin zurückzuziehen zu müssen. Dieses Thema werde aber immer wieder mit den japanischen Behörden besprochen.

Thomas Elsner (BMU) ergänzt, 52 unbenutzte Brennelemente seien aus Block 3 geborgen worden. Diese befänden sich jetzt im zentralen Nasslager auf dem Anlagengelände mit den anderen geborgenen Brennelementen. Es lägen noch keine Erkenntnisse darüber vor, was mit diesen passieren solle.

An Abg. Dr. Nina Scheer gewandt erklärt er, es befänden sich in der Tat noch rund 1 000 Tanks auf dem Gelände. Ende Februar habe dazu eine Pressekonzferenz im japanischen Wirtschaftsministerium stattgefunden, in der über die Einsetzung einer Expertenkommission berichtet wurde, die die verschiedenen Entsorgungsoptionen bewerten

solle. Im Gespräch sei unter anderem das Einspeisen ins Erdreich und die Abgabe als Wasserstoffverfestigung mit unterirdischer Lagerung. Die Kommission habe zwei praktikable Möglichkeiten bestimmt: Zum einen die kontrollierte Abgabe ins Meer oder die Verdampfung. Beide Möglichkeiten seien wiederum mit unterschiedlichen Risiken verbunden. Aus der Sicht des BMU sei die kontrollierte Abgabe ins Meer am ehesten vertretbar. Aber eine Entscheidung in dieser Frage sei noch nicht getroffen worden.

Dr. Florian Gering (BfS) erläutert, dass die Abgabe der überwiegend mit Tritium belasteten Abwässer aus radiologischer Sicht nicht erheblich bedenklich sei, wenn diese wie geplant über einen längeren Zeitraum gestreckt werde. Die international üblichen Ableitungen aus kerntechnischen Anlagen lägen in der gleichen Größenordnung. Diese würden nach verschiedenen Abschätzungen zu einer zusätzlichen Strahlenbelastung der Bevölkerung von lediglich unter 1 Mikrosievert führen. Wenn man in Japan die Ableitung über zehn Jahre verteilen würde, wäre das die gleiche Größenordnung. Dies wäre mithin keine extreme Sondersituation, vor allem da vor der japanischen Küste eine sehr starke Durchmischung mit dem Meerwasser stattfinde. Die Frage der Zustimmungsfähigkeit in der Bevölkerung und deren Bedenken sei etwas anderes. Das BfS habe schon immer darauf hingewiesen, dass dieser Schritt mit einer starken Zusammenarbeit und Aufklärung der Bevölkerung einhergehen müsse.

Abg. **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fasst abschließend zusammen, dass aufgrund von unterschiedlichen Einschätzungen viele Fragen offen blieben, weil es über die Lage in Japan unterschiedliche Bewertungen gebe. Sie persönlich teile die Auffassung, dass mit der Teilnahme an den Olympischen Spielen keine wirklichen Schädigungen für den Menschen zu erwarten seien. Wichtig sei dennoch das Thema Kumulation von Strahlungen. Man könne nur appellieren, Vorsicht bei der Gestaltung der Olympischen Spiele walten zu lassen. Der japanischen Regierung sei viel Erfolg bei der Dekontamination und bei der Bewältigung dieser Katastrophe zu wünschen. Hieran müsse immer wieder am Jahrestag der Katastrophe, dem 11. März, erinnert werden.



Schluss der Sitzung: 12:57 Uhr

Sylvia Kotting-Uhl, MdB
Vorsitzende